



Eine Bundesrichterin hat gestern eine Anordnung von Präsident Trump vorübergehend blockiert, die Billionen von Dollar an Bundesmitteln und Krediten einfrieren sollte. Unabhängig davon reichten demokratische Generalstaatsanwälte aus 22 Bundesstaaten und dem District of Columbia eine Klage gegen die Anordnung ein und argumentierten, Trump habe seine rechtlichen Befugnisse weit überschritten.

Noch vor 17 Uhr, zu der Uhrzeit, an der der Stopp in Kraft treten sollte, wurden verschiedene Systeme und Programme unterbrochen, was Millionen von Menschen verunsicherte, ob sie Zugang zu Arbeitsplätzen, Dienstleistungen und Gesundheitsversorgung verlieren könnten. Hier sind die neuesten Entwicklungen.

Trump's Anordnung, die Verwirrung und Empörung ausgelöst hat, ist Teil eines Versuchs, die US-Regierung nach seinen eigenen Vorstellungen umzugestalten. Dies folgt auf umfassende Kürzungen der internationalen Hilfe, die er letzte Woche einführte, sowie auf Bemühungen, jede Regierungspolitik oder jedes Programm zu stoppen, das er und seine Verbündeten als „woke“ bezeichnen könnten.

Seine Regierung erklärt, der Stopp solle es ermöglichen, Programme zu überprüfen, um sicherzustellen, dass sie nicht im Widerspruch zu ihrer Agenda stehen. Dies unterzieht sie dem, was US-Journalisten als „ideologische Litmustests“ bezeichneten. Das Weiße Haus sagt, staatliche Gelder sollten nicht „marxistische Gleichstellung, Transgenderismus und Green New Deal-Sozialengineering fördern“.

Auslandshilfe: Die Trump-Regierung forderte Organisationen in anderen Ländern auf, die Verteilung von HIV-Medikamenten, die mit US-Hilfe gekauft wurden, einzustellen. Humanitäre Organisationen in der Ukraine sagten, sie seien gezwungen worden, Operationen auszusetzen, darunter die Unterstützung von Kriegsveteranen und Zivilisten, die durch den Konflikt dort vertrieben wurden.

Was man wissen sollte: Leiter globaler humanitärer Organisationen sagten, sie hätten „noch nie etwas so Umfassendes“ wie Trumps Aussetzung der Hilfe gesehen. „Viele Programme werden die Integrität ihrer Projekte nicht aufrechterhalten können, wenn sie jetzt stoppen und später wieder beginnen müssen, falls sie überhaupt wieder dazu berechtigt sind.“

In anderen Nachrichten:



- Die Trump-Regierung gab etwa zwei Millionen Bundesangestellten die Möglichkeit, zu kündigen, aber bis Ende September bezahlt zu werden.
- Caroline Kennedy forderte die Senatoren auf, die Nominierung ihres Cousins Robert F. Kennedy Jr. als Gesundheitsminister abzulehnen, und nannte ihn ungeeignet und ein „Raubtier“.
- Tulsi Gabbard, Trumps Kandidatin für die Überwachung der nationalen Geheimdienste, wurde letztes Jahr auf dem Weg zu einer Veranstaltung eines europäischen Geschäftsmanns, der auf einer FBI-Beobachtungsliste stand, einer besonderen Überprüfung unterzogen.

Gaza: Acht Geiseln, die freigelassen werden sollten, sind tot, sagt Israel

Acht der 26 Geiseln, die in den nächsten Wochen im Rahmen des Gaza-Waffenstillstandsabkommens von Hamas an Israel zurückgegeben werden sollen, sind tot, so israelische Beamte.

Diese Information, die Hamas Israel am Sonntag übermittelt hatte, stimme mit den Erkenntnissen der israelischen Geheimdienste überein, sagte Regierungssprecher David Mencer. Er sagte weiterhin, die von Hamas bereitgestellte Liste habe nicht namentlich angegeben, welche Geiseln gestorben seien. Acht Familien wurde mitgeteilt, dass es eine hohe Wahrscheinlichkeit gebe, dass ihre Angehörigen nicht lebend zurückkehren würden.

Dani Elgarat, dessen Bruder Itzik Elgarat als Geisel festgehalten wird, sagte gestern vor dem israelischen Parlament, seine Familie erwarte, seinen Leichnam zu erhalten, basierend auf dem, was ihnen mitgeteilt worden sei. Er sagte, er glaube, das Leben seines Bruders hätte gerettet werden können, wenn früher ein Waffenstillstandsabkommen erreicht worden wäre.

Protestierende griffen Botschaften im Kongo an

Protestierende griffen gestern mehrere Botschaften und ein UN-Gebäude in der Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo, Kinshasa, an, plünderten und legten Brände. Zu den Zielen gehörten die französische, US-amerikanische, ugandische und belgische Botschaft.

Der Ärger über ausländische Verbündete im Kongo wächst, da sie nicht in der Lage sind, einen Angriff auf die wichtige ostkongolesische Stadt Goma durch die Miliz M23 zu stoppen, die laut UN und USA von Ruanda kontrolliert wird. Ruanda hat diese Behauptung bestritten und den Kongo für die mangelnde Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich gemacht.

WEITERE TOP-NACHRICHTEN



- Serbien: Ministerpräsident Milos Vucevic wurde von Präsident Aleksandar Vucic aus dem Amt gedrängt, um wochenlange studentisch geführte Straßenproteste zu beruhigen.
- Indien: Dutzende Menschen sollen in der Nacht bei einer Massenpanik während des großen Hindu-Festivals in der Stadt Prayagraj ums Leben gekommen sein.
- Kanada: Ein Bericht besagt, dass die Regierung von Premierminister Justin Trudeau die Wahlen des Landes anfällig für ausländische Einmischung gemacht habe.
- Britische Politik: Die Partei ‚Reform UK‘ soll bei einer glanzvollen Veranstaltung in London mehr als 1,25 Millionen Dollar gesammelt haben, eine außergewöhnliche Summe für eine Partei, die einst am Rande der Politik stand.
- Reisen: Indien und China haben sich darauf geeinigt, den direkten Flugverkehr nach fast fünf Jahren wieder aufzunehmen.
- Nigeria: Ein Mann wurde in die USA ausgeliefert, weil er beschuldigt wird, einen 17-Jährigen in einem Sextortion-Fall ins Visier genommen zu haben, der laut Staatsanwaltschaft zum Selbstmord des Jungen führte.
- Frankreich: Die französische Haute Cuisine ist laut der Jury eines alle zwei Jahre stattfindenden Feinschmecker-Wettbewerbs offiziell wieder die beste der Welt.
- Vietnam: Angesichts der höchsten Verkehrstotenrate in Asien hat die Regierung kürzlich hohe Geldstrafen eingeführt. Einige davon übersteigen das monatliche Einkommen vieler Menschen.